



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU



EVANGELISCHE KIRCHE
VON KURHESSEN-WALDECK



EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND

Bistum Limburg



Bistum Mainz



BISTUM
FULDA



Gemeinsame Pressemitteilung

Kirchen und Gewerkschaften fordern aktive Gestaltung einer gelingenden Integration

Gemeinsame Presseerklärung zum Spitzengespräch der Evangelischen Kirchen und Katholischen Bischöfe in Hessen mit Vertretern des DGB Hessen-Thüringen

Wiesbaden, 25. Mai 2016. Zu einem Spitzengespräch haben sich Vertreter der Evangelischen Kirchen, Katholischen Bischöfe in Hessen und des DGB Hessen-Thüringen in Wiesbaden getroffen. Wie die Beteiligten am Mittwoch (25. Mai) in einer gemeinsamen Mitteilung erklärten, stand die Integration geflüchteter Menschen im Mittelpunkt des Treffens. Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung hob hervor: „Wir brauchen eine inklusive Integrations- und Sozialpolitik, die alle Gruppen von Geflüchteten, aber auch sozial schwache einheimische Gruppen berücksichtigt.“ Bischof Martin Hein von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck betonte, ohne das große zivilgesellschaftliche Engagement der Kirchen und ihrer Initiativen hätte die Aufnahme der Flüchtlinge nicht gelingen können.

Der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen lenkte den Blick auf transnationale Zusammenhänge: „Die Situation der geflüchteten Menschen muss im Gesamtzusammenhang der weltweiten krisenhaften Entwicklungen gesehen werden. Wir brauchen in Deutschland und Europa politische und ökonomische Verhaltensweisen, die Gerechtigkeit fördern und damit Fluchtursachen aufheben“.

Gabriele Kailing, die Bezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, betonte: „Die Integration in die Gesellschaft findet maßgeblich über die Integration in den Arbeitsmarkt statt.“ Dazu müsste die Qualifizierung durch Sprachangebote und berufsorientierende Praktika verbessert werden. Die Aufweichung von Arbeitsrechtsstandards oder Ausnahmen vom Mindestlohn lehne sie ab. „Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Gute Arbeit. Ein Mehr-Klassen-System am Arbeitsmarkt jedoch bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Kirchen und Gewerkschaften waren sich darin einig, dass es nicht zu einem Wettbewerb zwischen Flüchtlingen und anderen benachteiligten Gruppen kommen dürfe. Daher sei es unverzichtbar durch sozialen Wohnungsbau bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen oder Arbeitsverhältnisse nach Tariflohn beziehungsweise Mindestlohn zu entlohnen. Auch müssten Angebote für Personen, die langzeiterwerbslos sind, weiter verstärkt werden.

Ein weiteres Thema waren die jüngsten Gerichtsurteile zu Sonntagsöffnungen von Geschäften. Die Kirchen und Gewerkschaften begrüßen, dass durch die Gerichtsurteile die Ausnahmen für eine Öffnung von Verkaufsstellen an einem Sonntag deutlich restriktiver gehandhabt werden müssen. Die Rechtsprechung bestärke die Kirchen und Gewerkschaften in ihrer gemeinsamen Allianz für den Schutz des arbeitsfreien Sonntages.

An dem Gespräch nahmen für die Evangelischen Kirchen in Hessen u.a. Bischof Martin Hein, Kassel; Kirchenpräsident Volker Jung, Darmstadt sowie Präses Manfred Rekowski, Düsseldorf;

für die Katholischen Bischöfe u.a. Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, Weihbischof Manfred Grothe, Limburg sowie Diözesanadministrator Dietmar Giebelmann, Mainz

für den DGB Hessen-Thüringen, Gabriele Kailing, DGB-Vorsitzende, Jürgen Bothner, Verdi, Birgit Koch, GEW, teil.

Verantwortlich: Volker Rahn, Pressesprecher EKHN, presse@ekhn.de, Tel: 06151-405504

Jasmin Romfeld, Öffentlichkeitsarbeit DGB, jasmin.romfeld@dgb.de, Tel 0 69-27300 551